

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d



## Inhalt

43. Jahrgang / 7

12. Januar 1988

Hans Kolo MdL zur Produktion von Kernkraft-Überkapazitäten in Bayern: Dem Expansionsdrang der Atomindustrie widerstehen.  
Seite 1

Jannis Sakellariou MdEP zu einer Reise durch Mittelamerika: Die EG kann der Region helfen.  
Seite 4

Dokumentation  
Hans Gottfried Bernrath, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, hat in einem Grußwort an die 29. Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes Positionen zur Beamtenversorgung vorgetragen, die wir im Wortlaut dokumentieren.  
Seite 5

### Dem Expansionsdrang der Atomindustrie widerstehen

In Bayern belasten Kernkraft-Überkapazitäten bereits die Stromkunden

Von Hans Kolo MdL  
Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bayern erzeugt bereits heute soviel Atomstrom, daß an Feiertagen und Wochenenden die Kernkraftwerke zurückgefahren werden müssen. Nachdem aber die Fixkosten etwa gleich bleiben, hat der bayerische Stromkunde dafür die Zechen mit einem höheren Strompreis zu bezahlen. Darin dokumentiert sich ein sträfliches Versagen des bayerischen Wirtschaftsministeriums, das als Genehmigungs- und Preisaufsichtsbehörde bei der Genehmigung neuer kerntechnischer Anlagen zu wenig die Notwendigkeit neuer Kapazitäten geprüft hat. Gleichzeitig ist dadurch ein tragender Grundsatz des Kohle-Jahrhundert-Vertrags verletzt, nämlich die Mittellast der Kohle vorzubehalten und die Kernkraft nicht über die Grundlast hinaus auszuweiten.

Die Jahres-Betriebsdiagramme der bayerischen Kernkraftwerke für das Jahr 1986 (veröffentlicht in der Zeitschrift „atom + strom“ 3/1987) belegen eindeutig, daß in den bayerischen Kernkraftwerken Grundrhemingen, Black B und C, sowie Isar I im Jahre 1986 erhebliche Verringerungen der Kapazitätsauslastungen eintraten. Die Mehrzahl dieser Lastvermindierungen erfolgte nicht auf Grund von vorgeschriebenen Prüfungen, Brennelementwechseln oder kleineren Störfällen, sondern auf Anweisung der „Lastverteiler“, also der Energieversorgungsunternehmen, die an Wochenenden und Feiertagen offensichtlich weniger Strom brauchten. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild für 1986:

- o Isar I: Ein geplanter Stillstand zum Brennelementwechsel, vier ungeplante Stillstände wegen Fehlersuche beziehungsweise Leckagen, zwei Lastabsenkungen zu Prüfungen;

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Umwelt  
mit unbleichem Rücklauf  
Recycling-Papier



- o Gundremmingen, Block B: Zwei geplante Stillstände, zwei ungeplante Stillstände, insgesamt 17 Lastabsenkungen, davon 14 ab September 1986 jeweils an den Wochenenden und an Feiertagen jeweils auf 80 Prozent;
- o Gundremmingen, Block C: Ein geplanter Stillstand zum Brennelementwechsel; ein ungeplanter Stillstand (Reaktorschnellabschaltung); 36 Lastabsenkungen, davon 32 ab Mai 1986 jeweils am Wochenende und an Feiertagen jeweils auf 80 Prozent, außerdem Streckbetrieb mit deutlich abgesenkter Leistung im Januar und Februar 1986.

Weiter fällt auf, daß der bei Revisionsmaßnahmen übliche Streckbetrieb, der etwa beim Reaktor B in Gundremmingen nur einen Monat in Anspruch nahm, beim Reaktor Gundremmingen C auf über zwei Monate und bei Isar I gar auf über vier Monate ausgedehnt wurde.

Diese schon zur Tagesordnung gehörenden Leistungsabsenkungen bei den Gundremminger Reaktoren waren mir Anlaß für eine Schriftliche Anfrage. Nach meiner Meinung sind diese Absenkungen nämlich nur dadurch zu erklären, daß die Kernkraft in Bayern bereits zur Versorgung in der Mittelaststufe herangezogen wird, daß in Bayern also an Wochenenden und Feiertagen nicht einmal soviel Strom verbraucht wird wie die bayerischen Reaktoren erzeugen. Dies widerspricht aber allen Grundsätzen zum Einsatz der Kernenergie: diese soll nur in der Grundlast eingesetzt werden. Auch im Kohle-Jahrhundert-Vertrag ist eindeutig festgehalten, daß die Kernkraft nicht über die Grundlast hinaus ausgeweitet werden soll und die Mittellast der Kohle vorbehalten bleibt.

Damit ist der Beweis erbracht, daß die Kernkraft-Kapazitäten in Bayern - selbst in der kältesten Jahreszeit - überdimensioniert sind. Was sonst könnte einen Energieversorger veranlassen, auf die Nutzung von Reaktor-Kapazitäten zu verzichten, die ja fast mit den gleichen Fixkosten befüllt sind, egal, ob der Reaktor voll läuft oder nicht? In die gleiche Richtung deuten auch die unterschiedlichen Zeitspannen im Strecklastbetrieb. Es gibt keinen Sinn, wenn zur Erledigung der gleichen Prüfungen und Brennelement-Wechsel ein Reaktor für einen, der andere aber für weit über zwei Monate herabgefahren wird.

Den Schaden von diesen Praktiken hat unmittelbar der bayerische Stromkunde. Er muß stets für die Kosten eines jeden Reaktors aufkommen, ob dieser nun Volllast läuft oder seine Kapazität vermindert hat. Diese Leistungsabsenkungen sind völlig unwirtschaftlich. Die Staatsregierung ist deshalb als Preisaufsichtsbehörde aufgefordert, gegen derartige Verhaltensweisen der Energieversorger vorzugehen.



Hier Maßnahmen gegen die Energieversorger einzuleiten, scheint vor allem deshalb nötig, weil die Stromunternehmen offensichtlich einen anderen Weg suchen, um mit ihren Überkapazitäten im Kernenergiebereich fertig zu werden. So spricht sich beispielsweise VEBA-Chef Rudolf von Benningsen-Foerder offen für die Werbung für einen höheren Stromverbrauch aus. In einem Interview der „Wirtschaftswoche“ stellt er unverblümt fest: „Es ist widersinnig, daß sich bestimmte politische Kräfte mit Vehemenz nicht nur gegen die Kernenergie, sondern gegen die elektrische Energie insgesamt einsetzen. Dabei wäre ein breiterer Einsatz von Strom in Flächengebieten durchaus sinnvoll.“ Auch in Bayern sind ähnliche Töne zu vernehmen: so wirbt beispielsweise die Energieversorgung Ostbayern (OBAG) jetzt neuerdings in ihrem Blatt „Strom aktuell“ für die unsinnigen Elektro-Speicherheizgeräte: „Wärme aus der Steckdose“. Natürlich ist dieser Ansatz aus der Sicht der expansionsbemühten Energieversorger heraus verständlich. Volkswirtschaftlich und ökologisch ist es aber ebenso unumstritten, daß Strom die teuerste, aufwendigste und in der Herstellung umweltfeindlichste Energieform ist. Es ist mit Sicherheit der falsche politische Weg, den Wärmemarkt für Strom auszuweiten, um damit den Energieversorgern ihre Probleme mit den Überkapazitäten im Kernenergiebereich zu nehmen.

Die Staatsregierung wäre gut beraten, wenn sie endlich einmal ihre Überkapazitäten im Kernenergiebereich zur Kenntnis nehmen würde, anstatt ständig neue Reaktoren in die Landschaft zu stellen und zu planen. Zu verweisen ist dabei auf die Zahlen der Staatsregierung, nach denen selbst in den Tagen mit höchstem Stromverbrauch eine Überkapazität von 55 Prozent bestanden hat. Das Wirtschaftsministerium sollte endlich daran gehen, seine Fehlprognosen aus den siebziger Jahren über die Entwicklung des Strombedarfs in Bayern nach unten zu korrigieren und - auch bei der Kernkraft - dem Expansionsbedürfnis der Energieversorger Widerstand zu leisten. Die Staatsregierung hat eindeutig mitschuld daran, daß heute in Bayern bei Kernenergie Überkapazitäten bestehen, die nicht nur die Risiken erhöhen, sondern auch dem Stromkunden das Geld aus der Tasche ziehen.

(-/12.1.1988/rs/ks)

\* \* \*

EG kann Mittelamerika mehr helfen

Resümee einer Reise durch die Region

Von Jannis Sakellariou MdEP

Die EG sollte für die Gründung des Mittelamerika-Parlaments aktive Unterstützung leisten.

Nach einer dreiwöchigen Informationsreise durch El Salvador und Nicaragua habe ich diesen Eindruck von den Bemühungen um den Friedensprozeß in Mittelamerika gewonnen: In die brennenden Fragen der Demokratisierung, der Menschenrechte und der Kriegshandlungen ist Bewegung gekommen, in allen Ländern hat es positive Schritte gegeben.

Gleichzeitig ist leider festzustellen, daß die ehrgeizigen Ziele zur Vollendung des Friedensprozesses in keinem Land völlig erreicht worden sind.

Vom Gipfel der mittelamerikanischen Staatspräsidenten am 15. Januar in San Jose (Costa Rica) sind entscheidende Impulse zu erwarten. Vor allem die bereits beschlossene Gründung eines Mittelamerika-Parlaments mit freien Direktwahlen sollte zügig in die Praxis umgesetzt werden. Die EG hat hierfür bereits Mittel für technische Hilfe und Beratung vorgesehen.

Ihren Einfluß auf die USA muß die EG jetzt nutzen, um die weitere Unterstützung der Contras in Nicaragua zu verhindern: Wenn der Kongreß die von Reagan geforderte 270-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contras genehmigt, wäre dies ein empfindlicher Rückschlag für das Friedensabkommen.

Nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern tatsächliche Unterstützung seitens der EG erwarte ich auch, wenn sich die Außenminister der Staaten Mittelamerikas und der EG Ende Februar in Hamburg an einen Tisch setzen. Die Präsidentschaft der Bundesrepublik in der EG ist für Kohl und Genscher die moralische Verpflichtung, für einen Erfolg dieses Treffens zu sorgen.

(-/12.1.1988/rs/ks)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

=====

**Hans Gottfried Bernrath: In der Beamtenversorgung kann nicht alles unverändert bleiben**

Der Vorsitzende des Innen-Ausschusses des Deutschen Bundestages, Hans Gottfried Bernrath, hat in einem Grußwort an die 29. Beamtenpolitische Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes Positionen zur Beamtenversorgung vorgetragen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Konkrete Vorschläge der Bundesregierung zur Strukturreform der Alterssicherungssysteme fehlen bisher noch. Ebenso fehlen nach wie vor konkrete Überlegungen des Bundesinnenministers dazu, in welcher Weise die Beamtenversorgung in die Strukturreform einbezogen werden soll. Denn daß die Beamtenversorgung in die Strukturreform einbezogen werden muß, scheint mir weitgehend unbestritten. Allen Beteiligten dürfte klar sein, daß in der Beamtenversorgung nicht alles unverändert bleiben kann und - aus Gründen der Gerechtigkeit - auch nicht unverändert bleiben darf, wenn in anderen Alterssicherungssystemen neue erhebliche Belastungen auftreten, die von den Beitragszahlern und Rentnern oder auch von der Gesamtheit der Steuerzahler in irgendeiner Weise zu verkraften sind.

Es ist erklärlich, der Sache aber nicht dienlich, wenn die Bundesregierung die Probleme bis jetzt liegen gelassen hat. In jedem Fall möchte ich davor warnen, Entscheidungen immer erneut hinauszuzögern und dann, ohne ausreichende öffentliche und parlamentarische Diskussion, gewissermaßen im Hau-Ruck-Verfahren zu erledigen.

Die Strukturreform der Alterssicherungssysteme einschließlich der Beamtenversorgung bedarf eines weiten gesellschaftlichen Konsenses. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Regierungsparteien nach den besten Lösungen für die Probleme der Alterssicherung zu suchen.

Dabei gehen wir von folgenden Grundsätzen aus:

1. Wir meinen, es geht bei dieser Strukturreform um eine den wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten entsprechende, ausgewogene Fortentwicklung des Gesamtgefüges der Alterssicherung mit dem Ziel, daß gleiche soziale Tatbestände auch zu gleichwertigen Leistungen und Belastungen und einem ausreichenden Engagement der Gesamtheit, das heißt hier konkret des Bundeshaushalt, führen.



